



Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, JÜRGEN KAUBE, CARSTEN KNOP, BERTHOLD KOHLER

GELDANLAGE

So gut schlägt sich das neue Wunderportfolio. Wert & Wohnen



MEHR SEX? ODER WENIGER?

Wie Paare mit einer ewigen Streitfrage umgehen sollten. Leben



TÜRKISCHE DEMOKRATIE

Wie Erdoğan die Opposition in eine Falle gelockt hat. Politik



XXL-TURNIER

Die Fußball-WM und das Klima. Sport

„Ich habe etwas mitzuteilen“

Die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel im Interview.



Fotos Daniel Pilar, iStock, dpa, AFP

Mögen wir unsere Soldaten wieder?

Früher mussten sich Offiziere auf der Straße vor Angriffen fürchten, heute bedanken sich Passanten bei ihnen. Von Justus Bender

Wenn Klaus Naumann im Jahr 1958 seine Kaserne verließ, sagten ihm seine Ausbilder: „Gehen Sie nie alleine!“ Und: „Nehmen Sie ein kleines Säckchen Streupfeffer mit!“ Gemeint war der normale Pfeffer aus der Kasernenküche. Den sollte Naumann werfen, wenn ihn jemand angriff. Das waren die Fünfzigerjahre. Naumann war damals noch nicht Vier-Sterne-General und Generalinspekteur, und viele Deutsche waren der Meinung, dass Deutschland keine Armee brauchte. Also musste Naumann schauen, dass er bei Spaziergängen nicht von der eigenen Bevölkerung vermöbelt wurde.

Verspottet wurde er auch. Naumann hatte im Abitur in Mathe und Physik eine Eins. Als er dem Lehrer erklärte, er wolle Offizier werden, entgegnete der Herr Professor, wie man den Lehrer nannte: „Naumann, dazu bist du nicht dumm genug!“

So war die Grundstimmung – jahrzehntlang. 1959 sagte der Kirchenpräsident Martin Niemöller: „Mütter und Väter sollen wissen, was sie tun, wenn sie ihren Sohn Soldat werden lassen. Sie lassen ihn zum Verbrecher ausbilden.“ Bundesregierung und Bundestag tobten, Verteidigungsminister Franz Josef Strauß stellte Strafantrag wegen Beleidigung.

1980 wollten junge Rekruten ihr Gelöbnis im Bremer Weserstadion leisten. Das wurde von Gegnern als „Kriegsvorbereitungsmaßnahme“ interpretiert. Also marschierten 5000 Demonstranten auf und prügelten auf Polizisten und Feldjäger ein. Molotowcocktails wurden direkt auf Menschen geworfen. 250 Beamte wurden verletzt. Das ging als „Schwarzer Dienstag“ in die Geschichte ein, danach gab es lange keine öffentlichen Gelöbnisse mehr.

1988 malte ein Student den Satz „A Soldier is a Murderer“ in roter Farbe auf ein Bettuch und hängte es an eine Straßenkreuzung in Mittelfranken. Ein Oberleutnant fuhr vorbei, weil ein NATO-Manöver in der Nähe stattfand, und fühlte sich beleidigt. Es folgte ein jahrelanger Rechtsstreit, auch über die Englischkenntnisse des Studenten, bis das Bundesverfassungsgericht 1995 ent-

schied: Soldaten darf man Mörder nennen. Das war für viele der Tiefpunkt.

1997 halfen Soldaten beim Oderhochwasser. Gemeinsam retteten sie Frankfurt an der Oder vor der Flut, Westdeutsche und Ostdeutsche, Soldaten und Bürger. Das hatte Symbolcharakter in einem wiedervereinigten Land, in dem auch Soldaten von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee zueinanderfinden mussten. Als ein Jahr später Verteidigungsminister Volker Rühe ein öffentliches Gelöbnis in Frankfurt an der Oder plante, hätte das die Fortsetzung dieser Annäherung sein können. Doch der Hauptausschuss der Stadt lehnte ab. Sie wollten Fluthilfe, aber keine militärische Zeremonie.

In den Nullerjahren saß der Ehrenvorsitzende des hessischen Reservistenverbandes Volker Stein in der Uniform eines Obersten in einem Flugzeug von Berlin nach Frankfurt. Da kam die Stewardess zu ihm und sagte: „Herr General, wir würden Ihnen gerne einen Platz in der Business Class anbieten.“ Stein war verwirrt, er war kein General. Als er sich umblickte, sah er aber einen, weiter hinten im Flugzeug. Das war der Generalinspekteur, der oberste Soldat der Bundesrepublik. Die Stewardess hatte ihn nicht erkannt, weil er einen Trenchcoat über seine Uniform gezogen hatte. Das taten Soldaten früher oft, um bösen Blicken zu entgehen. Stein kapierte: Sogar der Generalinspekteur schämte sich.

Wie sich die Zeiten ändern. Wenn Oberleutnant Marcel Bohnert heute in Uniform auf seinem Fahrrad durch Berlin fährt, rufen ihm Schulkinder manchmal hinterher: „Danke für Ihren Dienst!“ Bohnert staunt über so etwas. Das hat er lange nicht erlebt. Auch Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums sitzen oft in Uniform im Zug. Da gibt es vier Arten von Reaktionen: Manche wechseln sie mit dem Bahnpersonal und fragen nach dem Weg. Andere bedanken sich: „Danke, dass Sie uns verteidigen“, wurde neulich zu einer Offizierin gesagt. Wieder andere setzen sich abends am Bahnsteig lieber in die Nähe eines Soldaten, das erscheint ihnen sicherer. Und Schaffner haben ihre eigene Form der Anerkennung: Sie bitten die Soldaten gerne um Hilfe, wenn

Fahrgäste Probleme machen. Die Soldaten dürfen niemanden verhaften, sie sind keine Polizisten. Aber die Delinquenten haben Respekt vor der Uniform. Das allein sagt etwas aus.

Den Anekdoten nach zu urteilen, hat also eine große Verschiebung stattgefunden: erst das Weltkriegstrauma, das Sich-Verlassen auf amerikanischen Schutz, die Vorbehalte gegen die Wiederbewaffnung, dann eine jahrzehntelange Entkrampfung. Ganz langsam, scheint es, gewöhnen sich die Deutschen an ihre Armee. Soldaten sind heute wieder wer. „Ich glaube, wir sind erwachsen geworden“, sagt Naumann.

So weit ist die Geschichte plausibel. Es gibt nur ein Problem: Sie stimmt nicht ganz. Der Soziologe Timo Graf vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr untersucht das Phänomen seit Jahren. Er hat ein Archiv mit Befragungen, in denen eine überwältigende Mehrheit der Deutschen seit Mitte der Sechzigerjahre immer ihren Respekt vor der Bundeswehr geäußert hat. Es gab Schwankungen, aber keine großen Veränderungen. Auch der Afghanistankrieg oder der Ukrainekrieg änderten das nicht, weder im Positiven noch im Negativen. Seit dem Jahr 2000 haben zwischen 75 und 86 Prozent der Deutschen eine positive Einstellung zur Bundeswehr. Seit 2013 sagen bis zu 90 Prozent der Deutschen: „Die Bundeswehr ist ein ganz normaler Bestandteil der Gesellschaft.“ Woher also kommt der Eindruck der Soldaten, sie seien früher ungeliebter gewesen als heute?

Der Grund könnte sein: Die Institution war respektiert, die Auslandsätze auf dem Balkan oder im Mittleren Osten nicht. Soldaten sehnten sich nach Anerkennung, bekamen aber vor allem tagespolitische Kritik zu hören: Ihre Mission sei völkerrechtswidrig, unmenschlich, sinnlos, imperialistisch oder mörderisch. Der Militärsoziologe Graf konnte in Studien nachweisen, wie sehr das die Motivation drückte. Die Soldaten identifizierten sich mit ihren Einsätzen und nahmen die Kritik persönlich. Es war die Zeit der Einsatzarmee. Berufssoldaten kamen kaum mit der Bevölkerung in Kontakt. In den Me-

dien wurde laute Ablehnung sichtbar, nicht schweigende Zustimmung.

Seit Russland die Ukraine überfallen hat und die Ostflanke der NATO bedroht, hat die Bundeswehr wieder ihren alten Auftrag: Landesverteidigung. Das erscheint vielen Deutschen sinnvoll, anders als im Kalten Krieg, als es die Überzeugung gab, die Sowjetunion könnte durch Abrüstung und Freundlichkeiten bezirzt werden. So reden manche heute auch, aber Putins Angriffskrieg lässt solchen Argumenten wenig Raum. Deshalb ist die Lage anders als im Kalten Krieg.

Das Besondere an unserer Zeit ist also nicht, dass die Bundeswehr mehr Akzeptanz genießt, sondern etwas anderes: dass die Bürger sowohl die Institution unterstützen als auch den politischen Auftrag. Die Militärgegner, die darunter leiden, können das bestätigen. Yannick Kiesel von der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner*innen“ (DFG-VK) sagt: „Die gesellschaftliche Debatte hat sich so schnell gedreht in den letzten Jahren, dass wir gar nicht mehr hinterherkommen.“ Früher hatte sein Verein noch Ansprechpartner in der Bundesregierung, Gesprächskreise mit Grünen und SPD. Heute: nichts mehr. Der Widerstand gegen öffentliche Gelöbnisse? „Eingeschlafen“, sagt Kiesel.

Oberleutnant Bohnert spürt den Stimmungswandel, aber nicht immer, er vermisst eine Feedback-Schleife. Diese Funktion könnte der „Tag der Bundeswehr“ erfüllen, der an diesem Samstag stattfindet. In ganz Deutschland zeigt die Bundeswehr Hubschrauber, Flugzeuge, Panzer. Kiesel von der DFG-VK graut es schon davor, wenn Kinder auf Panzern herumklettern, seine Mitstreiter wollen protestieren. Militärsoziologe Graf hingegen wünscht sich mehr solcher „Kontaktflächen“. Er würde sich auch Gelöbnisse wünschen, die wirklich öffentlich sind: Statt normalen Bürgern wer-

den nur ausgewählte Politiker und Vertreter der Zivilgesellschaft eingeladen – „aus Angst vor drei linken Tomatenwerfern und schlechten Bildern in der Presse“, wie Graf sagt. „Diese Angst müssen wir überwinden.“ Ein anderes Beispiel ist der kürzlich eingeführte Veteranentag. Oberleutnant Bohnert fragt manchmal unter Veteranen, was sie sich wünschen, und die Antwort könnte Abgeordnete, die darüber entscheiden müssten, nervös machen: Militärparaden. Das ist der Traum. Ein aus dem Einsatz zurückkehrender Truppenverband marschiert im Gleichschritt über die Straße des 17. Juni. Ein Spalier von Bürgern klatscht. Bohnert hat aus der Politik bisher nur zurückhaltende Reaktionen gehört, zu groß ist die Angst vor der militaristischen Optik.

Der Militärhistoriker Sönke Neitzel schlägt vor, kleiner anzufangen. Zum Beispiel mit authentischer Anerkennung statt leeren Worthülsen: „Es gibt nichts Langweiligeres als Politiker, die bei Gelöbnissen sprechen.“ Oder mit Gesang. „Die Bundeswehr singt nicht mehr, weil man sich nicht auf ein Liederbuch einigen kann.“ Oder mit Fotos. Warum, fragt Neitzel, hängt der Verteidigungsausschuss des Bundestages nicht Fotos aller 34 Trä-

ger der Tapferkeitsmedaille auf? Sein Verdacht: „Man schämt sich dieser Leute.“ Dabei geht es um die am höchsten dekorierten Soldaten der Parlamentsarmee.

Die F.A.S. hat Verteidigungspolitiker aller Fraktionen mit dem Vorschlag konfrontiert. Bei der Union können sie sich eine Gedenkstele oder einen Informationspunkt vorstellen, wo Besuchergruppen etwas über die Ehrenkreuzträger erfahren. Auch bei der SPD halten sie eine Ehrentafel neben der Gedenkstelle für Gefallene vor dem Ausschusssaal für denkbar. Auch die AfD befürwortet eine Namenstafel oder Fotos. Nur bei den Grünen und der Linken sind sie gegen eine symbolische Würdigung. Würden alle Abgeordneten den Fachpolitikern ihrer Fraktion folgen, wären 480 dafür, 149 dagegen. Da wirken die Pfeffersäckchen, die Trenchcoats über Uniformen und die „Mörder“-Rufe plötzlich wie Anekdoten aus einer vergangenen Zeit.

ANZEIGE

Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00
Internet: www.faz.net/meinabo

Luxemburg, Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Portugal (Cont.), Spanien, Kanaren, Balearen 6,60 € - Schweiz 6,90 sfrs

Abo-Bestellung: (0 69) 75 91-33 59
Im Internet: www.faz.net/abo

